

Pressemitteilung 34/2017

München, 15.09.2017

Autohersteller sollen Ladestationen für Elektroautos schaffen

Der Bayerische Gemeindetag fordert die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung auf, ihren Einfluss bei den deutschen Autoherstellern geltend zu machen, damit sie ein flächendeckendes Ladenetz für Elektrofahrzeuge schaffen. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Es müsste im ureigensten Interesse der Automobilhersteller sein, überall in Deutschland Ladestationen für Elektroautos aufzubauen. Schließlich wollen sie diese Fahrzeuge doch auch verkaufen. Ohne dichtes Ladenetz werden die Kunden weiterhin zögern, solche Autos zu kaufen. Wieso ist die Politik da so zurückhaltend?“ Brandl wies darüber hinaus darauf hin, dass es höchste Zeit ist, über die Art und Weise der Ladevorgänge und die Standorte der Ladepunkte nachzudenken. „Wenn einzelne Fahrzeuge Ladesäulen an der öffentlichen Straße bis zu mehreren Stunden blockieren, führt das nur zu Frust bei anderen Elektroautobesitzern. Zielführender ist daher, die Halter von Elektrofahrzeugen zu unterstützen, ausreichend leistungsfähige und schnelle Ladeeinheiten in der eigenen Garage zu haben.“

Brandl reagierte auf ein am 1. September 2017 in Kraft getretenes Förderprogramm des Bayerischen Wirtschaftsministeriums, das einen staatlichen Zuschuss für den Bau von sogenannter „Normalladeinfrastruktur“ für Elektrofahrzeuge in Aussicht stellt. Schnellladestationen werden ausdrücklich **nicht** gefördert. Neben privaten Personen sind auch Städte und Gemeinden aufgefordert, entsprechende Förderanträge zu stellen. Brandl: „Damit wird neuerlich der Versuch unternommen, die steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger in die Verantwortung zu nehmen, eine dringend für die Wirtschaft notwendige Infrastruktur aufzubauen. Das ist unverständlich und unfair. Es kann nicht sein, dass der Steuerzahler die Kosten dafür trägt, dass später die Automobilindustrie leichter und mit großem Gewinn ihre Elektrofahrzeuge verkauft. Wann nimmt die Politik endlich die Wirtschaft in die Verantwortung?“

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Wilfried Schober, Pressesprecher des Bayerischen Gemeindetags,
Tel.: 089 / 36 00 09-30, E-Mail: wilfried.schober@bay-gemeindetag.de
Homepage: www.bay-gemeindetag.de

Der Bayerische Gemeindetag

ist der Sprecher von 2.029 kreisangehörigen Gemeinden, Märkten und Städten. Gegenüber dem Bayerischen Landtag, der Bayerischen Staatsregierung und anderen Institutionen vertritt er kraft Verfassung die kommunalen Interessen. Der Verband berät seine Mitglieder umfassend und ist über den Deutschen Städte- und Gemeindebund auf der Bundesebene sowie über das Europabüro der bayerischen Kommunen in Brüssel präsent.

